



Personalrat der Stadt Lüdenscheid

Der Personalrat spricht sich bereits seit längerem für eine Rekommunalisierung der Reinigung aus. Begrüßenswert ist es daher, dass sich auch die politischen Vertreter und Vertreterinnen dieses Themas angenommen haben und die Verwaltung beauftragt haben, die finanziellen Auswirkungen einer Rekommunalisierung der Reinigung zu errechnen. Das Ergebnis dieses Prüfauftrages liegt nun vor.

Für den Personalrat ist es keine Überraschung, dass beim Vergleich der Kosten die Fremdreinigung günstiger ist. Gerade durch die Ausgestaltung des Eingruppierungsverzeichnisses des TVöD-NRW kann eine Eingruppierung in die EG 2, beispielsweise durch den Einsatz von Reinigungsmaschinen, leichter erreicht werden. Aus gewerkschaftlicher Sicht ist dies eine Errungenschaft, bei entsprechenden Untersuchungen zur Wirtschaftlichkeit der Reinigung hingegen handelt es sich dabei zunächst um einen Kostenfaktor für Auftraggebende. Das ist aber nur eine Seite der Medaille.

Denn man muss sich doch fragen, warum die Kosten für die Fremdreinigung trotz Einrechnung eines Gewinnes und der Umsatzsteuer so viel günstiger sein können. Dies liegt zum einen sicher an der für den Schwerpunkt Reinigung ausgelegten Infrastruktur von Reinigungsfirmen. Ganz sicher liegt es jedoch am wesentlich schlechteren Tariflohn aber auch an kritisch zu hinterfragenden Arbeitsbedingungen. Dem Personalrat liegt ein Auszug aus einem Arbeitsvertrag vor, wonach Nacharbeiten aufgrund berechtigter Reklamationen alleine zu Lasten der Mitarbeitenden gehen.

Ganz eindeutig kommt man in dem durch die ZGW vorgelegten Bericht dazu, dass die Vertragsgestaltung zwischen der Reinigungsfirma und den Reinigungskräften für die Stadt als Auftraggeberin nicht beeinflussbar ist. Sie wäre es allerdings, wenn die Stadt Lüdenscheid selber Arbeitgeberin wäre. Somit ergäben sich insbesondere hinsichtlich sozialer Aspekte Vorteile für die Beschäftigten, die aus unserer Sicht nicht nachrangig betrachtet werden dürfen.

Die ZGW kommt zu dem Schluss, dass bei den sozialen Aspekten potentielle Nachteile in der Fremdreinigung zu erkennen sind, denen aber durch eine gezielte Steuerung, Kontrolle und vertragliche Regelungen begegnet werden kann. Zunächst einmal handelt es sich hier nicht um potentielle Nachteile, sondern diese Nachteile sind Fakt. Die Beschäftigten haben keine Interessenvertretung und wenden sich häufiger an den Personalrat der Stadt, der dann aber aufgrund der fehlenden Zuständigkeit handlungsunfähig ist. Die Beschäftigten beklagen zu hohe Reinigungsflächen für einen zu geringen Zeitanteil. Für sie ist es teilweise unmöglich, die vorgegebenen Flächen innerhalb ihrer Arbeitszeit zu reinigen. Die Konsequenzen sind Nacharbeiten, die alleine zu Lasten der Beschäftigten gehen und nicht vergütet werden. Somit wird der eigentlich vorausgesetzte Mindesttariflohn, gerechnet auf die eigentlich geleisteten Arbeitsstunden, unterlaufen. Die Kontrolle durch den Zoll ist theoretisch möglich, bis heute jedoch nicht einmal erfolgt. Eine Überprüfung der Reinigungszeiten durch unsere Hausmeisterinnen und Hausmeister ist nicht immer möglich, da diese teilweise außerhalb ihrer Arbeitszeiten liegen. Auch eine zentrale Kontrollstelle hätte diese Probleme.

Kontrolle ist auch für die betriebliche Interessenvertretung tägliches Geschäft. Allerdings prüft diese nicht nur die Ausgestaltung von Arbeitsverträgen. Der Personalrat setzt sich zudem für gute Arbeitsbedingungen, Arbeits- und Gesundheitsschutz ein. Auf diese Faktoren hat die Stadt Lüdenscheid derzeit im Bereich der Reinigung, wenn überhaupt, nur indirekt Einfluss.

Weitere Nachteile der Fremdreinigung ergeben sich daraus, dass der TVöD für die Reinigungskräfte der Reinigungsfirmen nicht gilt. Demnach haben sie beispielsweise auch keinen Anspruch auf die Leistungen der Zusatzversorgungskasse, die eine zusätzliche finanzielle Absicherung im Alter bedeutet. Altersarmut und damit aufstockende Grundsicherungsleistungen sind für die Mitarbeitenden der Reinigungsfirmen somit vorprogrammiert.

Aus Sicht des Personalrates hat die öffentliche Verwaltung eine Vorbildfunktion und eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, die man von einem gewinnorientierten Unternehmen so nicht erwarten kann. Diese Verantwortung gilt es zu übernehmen.

Berechtigterweise wurden seitens des Bürgermeisters im Zuge seiner Ansprache beim Neujahrsempfang die Leistungen der Arbeitgeberverbände, der IHK und der IG Metall für den Erhalt der Kaufkraft in der Region hervorgehoben. Auch die Vergütung der Reinigungskräfte nach dem TVöD, sei es nach EG 1 oder 2, würde eine Steigerung der Kaufkraft bedeuten. Somit könnte die Stadt Lüdenscheid auch an dieser Stelle auf die wirtschaftliche Entwicklung der Region einwirken und selber einen Beitrag zum Erhalt der Kaufkraft liefern.

Weitere Aspekte, die in dem Bericht nicht beleuchtet werden, sind Sicherheit und Datenschutz. Während Beschäftigte der Stadtverwaltung vor Einstellung nachweisen müssen, nicht vorbestraft zu sein und Datenschutzerklärung abgeben müssen, hat man diesbezüglich keinen Einfluss auf die durch die Reinigungsfirmen eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In besonders sensiblen Bereichen, beispielsweise in Teilen des Jugendamtes, der Fachdienste im sozialen Bereich, der Finanzbuchhaltung, des Fachdienstes Personal u.s.w., muss Datensicherheit eine größere Rolle spielen. Hier ist es insbesondere im Interesse der Stadt Lüdenscheid, steuern zu können, welche Reinigungskräfte dort eingesetzt werden.

Fazit:

Betrachtet man nur die Zahlen, ist das Ergebnis des Berichts keine Überraschung. Die Politik muss nun entscheiden, ob sie die Verantwortung für die schlechteren Arbeitsbedingungen tragen möchte und kann. Neben der rein wirtschaftlichen Betrachtung muss dringend ein Augenmerk auf soziale Aspekte gelegt werden und auch durch die Brille der Beschäftigten geschaut werden, die in der Verwaltung derzeit Beschäftigte zweiter Klasse ohne Interessenvertretung sind und mit einem extrem hohen Arbeits- und sozialen Druck zu kämpfen haben. Ergänzend muss gewährleistet werden, dass die Stadt steuern und kontrollieren kann, welche Personen in sensiblen Bereichen beschäftigt werden, was ebenfalls für eine Rekommunalisierung - zumindest für eine Teilrekommunalisierung - spricht.